



Klaus Kubernus-Perscheid, Pastor Wolf Str. 12, 46487 Wesel, klaus.kubernus@t-online.de

Wesel, 17.11.2017

An
den Ministerpräsidenten des Landes NRW
Herrn Armin Laschet

Betr.: Offener Brief zum Thema „Sozialticket“

Sehr geehrter Herr Laschet,

in den letzten Monaten vermeldete die Presse Schlagzeilen wie „Ungewisse Zukunft für das Sozialticket in NRW“ (SZ 9.8.2017) oder „Keine Zukunft für das Sozialticket in NRW?“ (WZ 9.8.2017). Die Landesregierung hat bis zum heutigen Tag dazu geschwiegen und öffentlich keine Stellung bezogen.

Wir befürchten daher, dass sich die Landesregierung ganz aus dem Projekt „Sozialticket“ zurückziehen und die bisherige Förderung von 40 Mill. €/a einstellen wird. Dazu bedürfte es nur einer Kleinigkeit: Die entsprechende Richtlinie, die bis zum 31.12.2017 befristet ist, wird einfach nicht verlängert.

Wir haben im letzten Monat Stellungnahmen von Persönlichkeiten aus unserer Region zu dem Thema „Sozialticket“ gesammelt, die wir im Anhang dokumentieren. Unter den Stellungnahmen befinden sich u.a. Antworten einer Bundesministerin, eines Landrates und einer Bürgermeisterin. Alle Stellungnahmen, die wir gesammelt haben, befürworten ein Sozialticket unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen.

Die für uns zuständige Landtagsabgeordnete Charlotte Quick (CDU) hatte erst eine Stellungnahme durch ihren Mitarbeiter telefonisch angekündigt, sich dann aber doch nicht mehr gemeldet. Dies werten wir als Zeichen, dass die Landesregierung kein Interesse an der Fortführung des Projektes „Sozialticket“ hat.

Mit dieser Entscheidung stellen Sie sich gegen mehr als 53.000 Menschen im Kreis Wesel, die von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder ähnlichen Transferleistungen leben müssen und somit berechtigt sind, ein Sozialticket zu kaufen. Schon jetzt machen nur 5,6 % der Berechtigten davon Gebrauch. Einer der Gründe dafür ist: Für viele Menschen ist das Ticket schlicht zu teuer.

Der für uns zuständige Verkehrsverbund Rhein-Ruhr bietet das sogenannte „Sozialticket“ derzeit für knapp 38 Euro an. Im aktuellen, von der Bundesregierung beschlossenen ALG II Regelsatz, der seit 1.1.2017 gilt, sind gerade mal 27,40 € im Monat für Fahrten mit dem ÖPNV vorgesehen. Der Preis des Tickets entfernt sich damit immer weiter von der Bedarfslage derer, für die das Angebot eigentlich gedacht ist.

Ihre politische Entscheidung grenzt Menschen aus. Diese Menschen haben das Gefühl, dass sie in der Politik keine Stimme haben und nicht wahrgenommen werden. Das wiederum schwächt den Glauben an die Demokratie. Daran sollten Sie kein Interesse haben!

Wir fordern Sie auf, Ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken und sich mit uns gemeinsam für ein Sozialticket einzusetzen, das seinen Namen verdient.

Mit freundlichen Grüßen Klaus Kubernus-Perscheid

Hier folgen die Stellungnahmen:

Herbert Looschelders, Selbsthilfe e.V. - Verein für Sozialberatung, Kleve:

Eigentlich müsste stärker über eine kostenlose Mobilität aller im ÖPNV diskutiert werden. Dies sollte als Basisversorgung für alle gelten wie saubere Luft und sauberes Wasser. Es würde Straßenbau und Autoindustrie stark einschränken, was aber hinsichtlich des Erreichens der Klimaziele wohl schlichtweg notwendig ist. Die öffentliche Hand könnte dies wahrlich stemmen. Die wegfallenden Arbeitsplätze müssten im erneuerbaren Bereich und bei den Dienstleistungen (Stichwort Pflege) geschaffen werden, die Arbeitszeit halbiert und dafür Postwachstumsökonomie (tauschen, teilen, reparieren) aufgebaut und so die weggefallene Arbeitszeit kompensiert werden.

Aber auch wenn wir von der Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention und dem Bundesteilhabegesetz, welches Stück für Stück in den nächsten Jahren umgesetzt wird, sprechen, müsste eine kostenlose - zumindest aber eine sehr günstige - Mobilität diskutiert werden. Zur barrierefreien Gesellschaft gehört auch, die (finanziellen) Barrieren zur Mobilität abzubauen. Dazu reicht es nicht, sehr wenige Schwerst- und Mehrfachbehinderte mit den Merkzeichen "aG" oder "H" im Schwerbehindertenausweis auszustatten und kostenlose Mobilität im ÖPNV zu gewähren.

Vielleicht könnte - wie beim Studententicket - eine Umlage aller dazu führen, dass alle MitgliederInnen eines bestimmten Personenkreises (Studenten, BezieherInnen bestimmter Sozialleistungen, Alte Menschen/Rentner, Menschen mit Behinderungen) günstig oder umsonst reisen können.

Und konkret zu den Fragen:

1. Halten Sie ein Sozialticket für notwendig? Und wenn ja: Warum?

Ja. Wenn Teilhabe behinderter und armer Mitbürger ernst genommen wird, ist ein Sozialticket notwendig. Die Wahlergebnisse für die AFD sind Indiz des Protestes derer, die sich "abgehängt" fühlen.

2. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein Sozialticket gestaltet sein?

Das Sozialticket sollte bundesweit den Preis haben, den der Anteil für Mobilität im Regelsatz ausmacht

3. Wer sollte ein Sozialticket bekommen?

Wie bisher. BezieherInnen von SGB II, SGB XII, Asylberwerberleistungen, Wohngeld, Kinderzuschlag.

Christoph von Derschau, Pfarrer a.D., Wesel:

Aus Pressemeldungen entnehme ich, dass der Landeszuschuss für das VVR-Sozialticket, an dem sich auch die Kreise Wesel und Kleve beteiligen, mit dem Ende dieses Jahres ausläuft und nicht verlängert werden soll. Ich appelliere an die Landesregierung, an die Kreise Kleve und Wesel und an den VRR, auch in Zukunft den Empfängern von Arbeitslosengeld II, von Sozialgeld, Wohnungsgeld und den Asylsuchenden eine Mobilität zu ermöglichen, die ihnen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben und die freie Wahl ihrer Einkaufsmöglichkeiten offen hält.

Dass das „Sozialticket“ im Kreis Wesel bislang nur von wenigen Menschen (5,6%) beansprucht wird, liegt an seinem hohen Preis. Er wurde gerade erst im Oktober um 6% auf 37,80 € erhöht. Das ist deutlich zu teuer, wenn man bedenkt, dass im Hartz IV-Regelsatz nur 25,77 € monatlich zur Verfügung stehen. Da auch andere Posten wie für Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnung und Gesundheit im Regelsatz viel zu niedrig angesetzt sind, ist es den Betroffenen nicht möglich, hier Geld für ihre Fahrten zu den Ämtern, zu Ärzten, zu Einkaufsmöglichkeiten und zu kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen abzuzweigen. Ich schließe mich der Forderung des Bundesverfassungsgerichtes von 2014 an, dass der Gesetzgeber und die staatlichen Organe verpflichtet sind, den existenznotwendigen Bedarf an Mobilität zu sichern.

René Schneider, MdL, SPD:

27,40 Euro pro Monat, um mit Bus und Bahn statt mit dem Auto mobil zu sein. Wie soll das funktionieren außer mit einem Sozialticket, das maximal so viel kosten darf, wie der Gesetzgeber als Regelsatz vorsieht. Derzeit also genau 27,40 Euro! Dass es zu einem menschenwürdigen Leben dazugehört, innerhalb und vor allem außerhalb der eigenen Stadt unterwegs sein zu können, steht für mich außer Frage. Deshalb würde ich auch keine Einkommensgrenzen festlegen, nach denen einem Menschen das Sozialticket zusteht. Stattdessen soll jeder Interessierte ein solches Ticket erhalten sofern er seine Mobilitätskosten nicht ohnehin von der Steuer absetzen kann - damit also relativ gesehen ein entsprechend hohes Einkommen bzw. Einnahmen hat.

Sascha Wagner, Fraktionsvorsitzender Kreistag Wesel, Die Linke:

Mobilität ist aus meiner Sicht ein Grundrecht, das für alle Menschen sichergestellt werden muss. Da steht die öffentliche Hand in der Verantwortung. Und im Interesse der Umwelt muss ein gut ausgebauter und gut angenommener öffentlicher Nahverkehr dabei eine Schlüsselrolle spielen, der Anteil des Pkw-Verkehrs muss zurückgehen. Am Ende ist das auch für die öffentliche Hand billiger, weil die gesamtgesellschaftlichen Kosten des Individualverkehrs – von den Fahrzeugen über Unfälle, Lärm, Umweltzerstörung, Straßenbau usw. beim öffentlichen Nahverkehr viel günstiger sind als beim Individualverkehr.

Ich beginne mit diesen grundsätzlichen Anmerkungen, um deutlich zu machen, dass das Sozialticket in meinen Augen eigentlich eine viel zu kleine, zaghafte Maßnahme ist. DIE LINKE NRW fordert einen ticketfreien, umlagenfinanzierten öffentlichen Nahverkehr für alle Menschen. Damit könnte ein großer Teil des Verkehrs in Busse und Bahnen geholt und Mobilität für alle sichergestellt werden. Voraussetzung ist natürlich, dass gleichzeitig das Verkehrsnetz verbessert statt weiter ausgedünnt wird.

1. Halten Sie ein Sozialticket für notwendig? Und wenn ja: Warum?

Solange eine solche grundlegende Verkehrswende nicht erfolgt, brauchen wir unbedingt ein Nahverkehrsticket, das Mobilität auch für Menschen mit kleinem Einkommen erschwinglich macht. Weil Mobilität ein Grundrecht ist und die Ticketpreise für einen großen Teil der Nutzerinnen und Nutzer zu hoch sind, brauchen wir für diese ein rabattiertes Ticket, eben ein Sozialticket.

2. Wie sollte Ihrer Meinung nach ein Sozialticket gestaltet sein?

Ein Sozialticket, das diesem Anspruch wirklich gerecht wird, muss die Mobilität im normalen Aktionsradius eines Menschen wirklich ermöglichen. Und zwar zu einem Preis, der für alle Betroffenen leistbar ist. Die Orientierung am im Hartz IV Regelsatz vorgesehenen Betrag für Mobilität ist daher sinnvoll, allerdings sollte man diesen nicht ausschöpfen, da einzelne Fahrten, z.B. mit Zusatztickets auch jenseits des Gültigkeitsbereiches möglich sein müssen. Und zwar je mehr, je kleiner man den Gültigkeitsbereich zieht. Weil Zusatztickets unter bestimmten Umständen auch sehr ins Geld gehen können, denke ich, dass der Gültigkeitsbereich mindestens Preisstufe B betragen sollte.

Außerdem sollte das Ticket diskriminierungsfrei sein, d.h. den Nutzer nicht beim Vorzeigen auf den ersten Blick als arm entlarven. Niemand soll aus Scham auf dieses Ticket verzichten. Die Mitnahmemöglichkeiten sollten sich an denen bei nicht rabattierten Tickets üblichen orientieren. Die Beantragung des Tickets muss außerdem möglichst unbürokratisch möglich sein.

3. Wer sollte ein Sozialticket bekommen?

Eigentlich plädiere ich ja für den ticketfreien Nahverkehr für alle. Insofern: Möglichst viele. Sichergestellt werden muss auf jeden Fall, dass alle Leistungsberechtigten, ob Grundsicherung im Alter, Wohngeld, Hartz IV, AsylbLG, Bafög usw. das Ticket problemlos bekommen. Und außerdem alle mit einem Einkommen, das zu niedrig ist um wirksam vor Armut zu schützen. Wir haben ausgerechnet, dass jemand, der ein Arbeitsleben lang Vollzeit für weniger als rund 12 Euro pro Stunde arbeitet, im Alter eine Rente unterhalb der Grundsicherung erhält. Davon ließe sich eine sinnvolle Einkommensgrenze ableiten.

Hubert Kück, Fraktionsvorsitzender Kreistag Wesel, B90/ Die Grünen:

Ja, das Sozialticket ist notwendig. Mobilität heißt nicht nur von A nach B zu kommen, sondern ist auch ein wichtiger Teil sozialer Teilhabe. Die Möglichkeit sich weiter zu bewegen eröffnet neue Zugänge zur Gesellschaft und zum Arbeitsmarkt. Und ja, dieser positive Effekt könnte wahrscheinlich noch viel mehr Menschen zugänglich gemacht werden, wenn die Kosten an die ALG II-Regelsätze für Mobilität angepasst würden. Damit das passieren kann, muss das Ticket aber erst einmal erhalten werden!

Die Grünen und die CDU haben eine Resolution im Kreistag Wesel eingebracht, die am 12.10.2017 angenommen worden ist.

Dr. Barbara Hendricks, MdB, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, SPD:

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für soziale Teilhabe und darf keine Frage des Geldbeutels sein. Sie muss für alle Menschen gewährleistet sein. Daher unterstütze ich ausdrücklich Ihr Anliegen. Der Berliner Senat beispielsweise hat im Januar dieses Jahres eine Preissenkung des Berliner Sozialtickets von 36 Euro auf 27,50 Euro beschlossen. Somit stellt der neue Preis eine Anpassung an den ALG II Regelsatz dar, die ich bundesweit für dringend notwendig halte. Sie sehen: Es ist nicht gleichgültig, welche politische Mehrheit eine Landesregierung bildet.

Grundsätzlich sollten auch weiterhin alle Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen Anspruch auf Erwerb eines Sozialtickets haben. Das ist nicht nur wichtig im Einzelfall, sondern elementar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit.

Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin von Wesel, SPD:

Das Sozialticket ist – wie ich finde – eine wichtige Unterstützung für Menschen mit geringen Einnahmen. Es sichert die notwendige Mobilität und die damit verbundene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Durch die Sozialtickets wird der öffentliche Nahverkehr gestärkt und die Umwelt weniger mit Verkehrslärm und Schadstoffen belastet.

Ich sehe das Sozialticket nicht als Aufgabe von Kreisen oder Kommunen. Land und Bund sind gefordert, die Finanzierung des Sozialtickets sicherzustellen.

Zu diesem Thema hat die SPD-Landtagsfraktion im Juli 2017 eine Anfrage an die neue Landesregierung formuliert. Sie will wissen, ob die Landesregierung beabsichtigt, das Sozialticket auch in den kommenden Jahren fortzusetzen und ob eine finanzielle Aufstockung der Finanzierung des Sozialtickets angedacht ist.

In der Antwort (Drucksache 17/303) der Landesregierung heißt es dazu, dass die Fragen im Herbst beantwortet werden sollen. Die Antwort steht noch aus.

Birgitt Höhn, Fraktionsvorsitzende Kreistag Kleve, B90/ Die Grünen:

Mobilität ist einer der zentralen Bestandteile sozialer Teilhabe – insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen. Das Sozialticket, das 2012 im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) mit finanzieller Unterstützung des Landes eingeführt worden ist, hat dem Öffentlichen Personennahverkehr viele neue Nutzer zugeführt. Personen mit geringem Einkommen ermöglicht es eine größere Mobilität und damit eine stärkere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das Sozialticket erfreut sich einer wachsenden Beliebtheit. Zurzeit wird es durchschnittlich von 170.000 Menschen im VRR genutzt. Für 2018 wird im Jahresdurchschnitt mit ca. 180.000 Ticketkund*innen gerechnet. Dies zeigt deutlich, dass viele einkommensschwache Menschen das Sozialticket benötigen. Hiervon profitieren auch die Verkehrsunternehmen, die sich überwiegend im kommunalen Besitz befinden. Bei einem Wegfall des Landeszuschusses, der zuletzt 40 Mio. Euro für ganz NRW betragen hat, wären diese Tickets gefährdet. Für den ÖPNV wären mit dem Wegfall des Sozialtickets erhebliche Einnahmeausfälle verbunden, da nicht zu erwarten ist, dass die bisherigen Kundinnen und Kunden im vollen Umfang auf das normale Tarifangebot umsteigen können.

In der Hartz IV Berechnung stehen lediglich nur 25,77 € für Mobilität zur Verfügung.

Die WfbM Haus Freudenberg und viele derer Beschäftigten profitieren vom Sozialticket. Für Diejenigen Beschäftigten, die vor der Einführung des Sozialtickets den ÖPNV zur Arbeitsstätte benutzten, musste die WfbM das teurere Streckenticket einsetzen. Nun ersetzt die WfbM den Beschäftigten das günstigere Sozialticket. Der Vorteil für

die WfbM-Beschäftigten: dass das Sozialticket kann auch für Fahrten außerhalb der Strecke zwischen Wohnstätte und Arbeit im gesamten Kreis Kleve eingesetzt werden. Dies ist beim Streckenticket nicht der Fall. Somit dient das Sozialticket auch der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie dem Bundesteilhabegesetz, indem es die Mobilität von Menschen mit Behinderung erweitert wird."

Das Sozialticket steht in einer Reihe sozialpolitisch wünschenswerten Ticketangeboten, die – unterschiedlich finanziert – auf besondere Lebenslagen eingehen, wie beispielsweise Tickets für Studierende und Auszubildende, Ticketangebote für Seniorinnen und Senioren oder das Schokoticket für Schülerinnen und Schüler. Derartige Angebote bedürfen einer regelmäßigen Weiterentwicklung.

Dr. Ansgar Müller, Landrat, Kreis Wesel, SPD:

Der Kreistag des Kreises Wesel hat in seiner Sitzung am 12.10.2017 folgende Resolution beschlossen: "Der Kreistag Wesel beauftragt die Verwaltung, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer Weiterentwicklung von Ticketangeboten des ÖPNV das Angebot eines Sozialtickets erhalten bleibt. Dafür bedarf es zwingend eines dauerhaft verlässlichen Finanzierungsbeitrages des Landes Nordrhein-Westfalen, aktuell über den 31.12.2017 hinaus."

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Enthaltungen

Dem Beschluss des Kreistages folgend habe ich die Resolution dem Präsidenten des Landtags des Landes NRW, Herrn Andre Kuper, dem Ministerpräsidenten des Landes NRW, Herrn Armin Laschet, sowie dem Verkehrsminister des Landes NRW, Herrn Hendrik Wüst, zugeleitet.

Durchschriften habe ich den Mitgliedern des Landtages für den Kreis Wesel sowie den kommunalen Spitzenverbänden mit der Bitte übersandt, sich der Resolution anzuschließen und diese zu unterstützen. Eine Ausfertigung hat auch der Vorstandssprecher der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr AÖR, Herr Martin Husmann, mit der Bitte erhalten, sich im Sinne der Resolution einzusetzen.

Selbstverständlich werde ich mich auch persönlich im Rahmen aller mir zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür stark machen, dass das VRR-Sozialticket über das Jahr 2017 hinaus erhalten bleibt.

Ulrich Gorris, Fraktionsvorsitzender, Rat der Stadt Wesel, B90/ Die Grünen:

Selbstverständlich muss das Sozialticket im Kreis Wesel erhalten bleiben. Zur Zeit werden vom Bund und Land NRW milliardenschwere Förderprogramme zum Ausbau der digitalen Infrastruktur auf dem Land bereitgestellt. Begründet wird das vollkommen zu Recht mit Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben. Ich bin der Ansicht, dass jeder Mensch nicht nur virtuell sondern real am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können muss. Der öffentliche Verkehr muss auch von der öffentlichen Hand gefördert werden. Die Vorgabe des Kreises Wesel, dass die NIAG den öffentlichen Verkehr eigenwirtschaftlich betreiben muss, ist sozial und ökologisch unverantwortlich.

Die im Sinne des Klimaschutzes notwendige Verkehrswende kann nur gelingen, wenn der öffentliche Verkehr für alle Teilnehmer deutlich günstiger wird als der motorisierte Individualverkehr. Geld dafür ist ausreichend vorhanden. Alleine der 2,5 km lange Teil der Südumgehung Wesels soll 55 Mio Euro kosten. Dieses Geld sollte besser zur Förderung von Bus und Bahn eingesetzt werden.

Die Globalisierung der Märkte und die Digitalisierung der Wirtschaft werden die sozialen Probleme der Gesellschaft in Zukunft weiter verschärfen. Persönlich bin ich Befürworter eines ausreichend hohen bedingungslosen Grundeinkommens. Ohne Antragsverfahren, Einkommensgrenzen und ohne Stigmatisierung. Obwohl immer mehr Vordenker diese Vision unterstützen, ist es bis dahin noch ein weiter Weg. Solange Hartz IV Realität ist, brauchen wir leider noch das Sozialticket!